



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/22

21. Februar 1949

Amerika zum Besatzungsstatut

Von Edith Baade-Wolff, New York und Prof. Dr. Fritz Baade, Kiel

Die scharfe deutsche Kritik am Ruhrstatut hat im Ausland einen sehr unfreundlichen Widerhall gefunden. Mit dem Ruhrstatut ist die Serie der Diktate, die uns auferlegt werden sollen, aber leider keineswegs erschöpft. Es wird immer klarer, daß die Arbeiten des Parlamentarischen Rates in Bonn über die Ausarbeitung eines Grundgesetzes für Westdeutschland nur dann einen Sinn haben, wenn das Aufsichtsrecht der Besatzungsmacht gegenüber der deutschen Regierung vernünftig begrenzt wird. Zum Grundgesetz muß ein Besatzungsstatut kommen, das das Aufsichtsrecht der Besatzungsmacht gegenüber der deutschen Regierung in einer solchen Weise definiert und begrenzt, daß diese Regierung sich ernstlich als eine Regierung und nicht als eine bloße Agentur der Besatzungsmacht betrachten kann.

Wenn es der westlichen Welt mit der Erziehung des deutschen Volkes zur Demokratie ernst ist, so sollten die Verhandlungen über dieses Besatzungsstatut in aller Öffentlichkeit geführt werden. Das ist leider nicht der Fall. Es wird hinter verschlossenen Türen verhandelt, und in diesen Verhandlungen nehmen die Verhandlungen zwischen den Besatzungsmächten und den Deutschen, die eigentlich die Hauptsache sein sollten, den kleinsten, die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Besatzungsmächten aber den größten Raum ein. Die deutsche Öffentlichkeit wird nicht einmal laufend über den jeweiligen Stand der Verhandlungen informiert.

Aus diesem Grunde ist es von besonderer Bedeutung, wie die heute nach Leserschaft und politischem Gewicht bedeutendste Zeitung der USA, die "New York Times", über diese Frage denkt. Sie ist der Meinung, daß dieses Besatzungsstatut "anstelle eines formalen Friedensvertrages die politischen Beziehungen zwischen Besatzungsbehörde und der neuen deutschen Regierung regeln werde und damit noch über dem Ruhrstatut stehe". Ein kürzlich erschienener Leitartikel der "New York Times", geht insbesondere auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits ein und sagt: "Es herrscht Einverständnis darüber, daß das Besatzungsstatut den Alliierten Behörden die entscheidende Macht vorbehalten wird einschließlich der Leitung der deutschen Außenpolitik und einer "minimalen" Kontrolle über den deutschen Außenhandel und Binnenhandel". Der Artikel besagt ferner, daß die Einzelheiten des Besatzungsstatuts erst noch bekanntgegeben werden müssen und daß die Deutschen bis

dahin mit ihrer Verfassung warten müssen, die diese Bedingung erfüllen soll. Wörtlich heißt es dann:

"Was immer diese Bedingungen sein mögen: es ist offensichtlich, daß die neue deutsche Regierung nicht souverän sein wird, sondern nur ein Instrument - manche mögen sagen: eine Marionette - der alliierten Regierungen bleiben wird. Vollkommene Sicherheit gegen einen neuen deutschen Angriff ist sicherlich eine Hauptbedingung für die europäische Sicherheit. Aber sowohl vom Standpunkt unserer moralischen Verpflichtungen als auch vom Standpunkt unseres praktischen Interesses ist es wünschenswert, sich bei jeder Beschränkung, die Deutschland auferlegt wird, an die wirklich wesentlichen Gesichtspunkte der Sicherheit und der Sicherheitsallein zu halten. Alles, was darüber hinausgeht, kompromittiert nicht nur den moralischen Standpunkt der Westmächte, sondern begünstigt die Sowjets. Europas Wiederaufbau und Europas Sicherheit hängen in weitem Maße davon ab, daß man die Deutschen in die Gemeinschaft der westlichen Nationen bringt und ihre Produktivkräfte zum Segen von ganz Europa mobilisiert."

Dieser Kommentar ist deshalb so wichtig, weil er so viel Besorgnis verrät und weil dieses Blatt, das über die bestinformierten Korrespondenten in aller Welt verfügt, oft mehr weiß und spürt, als der Staatschef, der schließlich seine Unterschrift unter das entscheidende Dokument setzt. Wenn diese Zeitung jetzt einen solchen besorgten Warnungsruf ausstößt, so muß sie die Gefahr, daß Deutschland nach einem unerträglichen Ruhrstatut nun auch noch ein für die wirkliche Demokratisierung Deutschlands unerträgliches Besatzungsstatut auferlegt werden soll, sehr hoch einschätzen.

Der Beschluß des Kongresses der norwegischen Arbeiterpartei, für den Beitritt Norwegens zum kommenden Atlantikpakt einzutreten, hat große internationale Bedeutung. Er enthält freilich auch ein negatives Element. Der Plan einer engeren skandinavischen Gemeinschaft ist zunächst gescheitert. Es ist ziemlich sicher, daß Dänemark sich in absehbarer Zeit ebenso wie Norwegen entschließen wird. Der folgende Beitrag unseres Osloer Mitarbeiters schildert die gegenwärtige norwegische Situation auf der Grundlage der Bereitschaft, sich dem großen westlichen Sicherheitssystem einzugliedern.

D. Redaktion

Der Weg Norwegens

Von unserem K.V.-Korrespondenten in Oslo

Norwegen hat Wochen einer außenpolitischen Hochspannung durchlebt. Der Außenminister des Landes, Lange, war zu einem Hauptakteur auf der internationalen Bühne geworden. Wie stellt sich die Situation Norwegens nach seiner Rückkehr aus Washington und London und im Rahmen der interskandinavischen Besprechungen aus

2/11/52 - 3 - 362.000
Anlaß des Kongresses der norwegischen Arbeiterpartei dar?

Außenminister Lange war von Storting ermächtigt worden, ergänzende Informationen über das von den USA vorgeschlagene westliche Sicherheitssystem einzuziehen. Einer anderen Zweck hatte die Reise nicht. Zu irgendwelchen bindenden Abmachungen hatte er selbstverständlich keine Vollmacht. Er hat sich optimistisch über das Resultat seiner Reise geäußert. Manche meinen, daß dies eine diplomatische Floskel sei, hinter der sich eine tiefe Enttäuschung verbirgt. Sie begründen ihre Meinung damit, daß der Außenminister weder eine Garantie für Norwegens Sicherheit bis zum Inkrafttreten des nordatlantischen Paktes mit nach Hause gebracht habe, noch eine bindende Versicherung, die Umfang und Zeitpunkt amerikanischer Waffenlieferungen bestimmt.

In der Tat ist Norwegens Außenminister in dieser Beziehung mit leeren Händen zurückgekommen. Man darf aber getrost davon ausgehen, daß er vor seiner Reise nicht im Entferntesten daran gedacht hat, zwei solche Garantien nach Hause mitzubringen. Soweit sind vor allem in den USA selbst die Dinge in dieser Hinsicht noch nicht gediehen. Und das wußte man auch in Oslo durchaus. Das Zustandekommen des Nordatlantischen Paktes legt den USA die größten Verpflichtungen auf. Er kann nicht im Handumdrehen verwirklicht werden, auch wenn aufgrund der inzwischen eingetretenen veränderten innerpolitischen Verhältnisse in den USA die Geburtswehen geringer sein dürften als beim Zustandekommen des Marshallplanes.

Bei den Beratungen des norwegischen Außenministers mit den verantwortlichen Leitern der Politik in den USA und Großbritannien wurde in allen wesentlichen Punkten Klarheit erzielt, auch in der Frage militärischer Basen auf norwegischem Boden. Norwegens Standpunkt wurde voll akzeptiert: Keine ausländischen Streitkräfte auf norwegischem Boden in Friedenszeiten! Das schließt natürlich nicht aus, daß alle Vorbereitungen auf norwegischem Boden zu treffen sind, um im Ernstfall schnelle und zureichende Militärhilfe von außen vorzubereiten. Die Automatik der amerikanischen Hilfe für den Fall eines Angriffs auf ein drittes Land ist noch Gegenstand von Überlegungen und Meinungsverschiedenheiten in den USA selbst. Dagegen wird darauf hingewiesen, daß ein Angriff auf ein Land, das über einen Anschluß an den Pakt verhandelt, jedenfalls "ernsthafte Folgen" haben müßte. Da der Grundgedanke des Paktes der sei, daß die Sicherheit sämtlicher Nordatlantikstaaten davon abhängig ist, daß keine Machtverschiebungen im Gebiet des nördlichen Atlantik erfolgen, sollte diese Tatsache an sich schon eine gewisse Garantie für die gegenseitige militärische Hilfeleistung dieser Staaten bilden.

So hat die Reise des norwegischen Außenministers die Sicherheit des Landes gestärkt, auch wenn sie zur Zeit noch keinen substantziellen Ausdruck gefunden hat. Sie war für Norwegen und für alle übrigen Länder, die ihre Sicherheit nur in einem größeren Zusammenschluß finden können, ein wertvoller Beitrag zum Zustandekommen des nordatlantischen Paktes. Für Norwegen liegt also keine Veranlassung vor, den nach reiflicher Überlegung eingeschlagenen Weg aufzugeben. Versionen, daß Norwegen wieder zu einer inter-skandinavischen Verteidigungsunion auf allianzfreier Basis zurückkehren wird, müssen als abwegig angesehen werden.

sp. Am fünften Tag der Sitzungsperiode in der vierzehnten Stunde des Frankfurter Wirtschaftsrats waren den Abgeordneten der CDU/CSU, FDP und DP infolge des "Nein" der SPD zur Steuervorlage die Nerven durchgegangen, sie verließen demonstrativ den Saal. Vorher hatte der Sprecher der SPD, Kriedemann, die Vorschläge-Praxis Dr. Pinders im Stahltreuhänder-Verband einer Kritik unterzogen. Das hatte die Rechte in Harrisch gebracht, von der "Kollektivschuld" und "Diffamierung eines ganzen Berufsstandes" war vorwurfsvoll die Rede. Da sich der Abg. Kriedemann über diese beleidigende Äußerung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Holzapfel noch unterhalten will, wie er vor der Presse bekanntgab, hätte man die Angelegenheit auf sich beruhen lassen können, wäre nicht am Sonnabendmorgen im amtlichen Informationsdienst des Verwaltungsrates folgende Erklärung erschienen:

"Der Abgeordnete Kriedemann griff in der gestrigen Abend-sitzung als Sprecher der SPD-Fraktion den von Oberrichter Dr. Pinder gemachten Vorschlag über die Besetzung des Treuhändergremiums in der Stahlindustrie heftig an. Er kritisierte insbesondere, daß dieser Vorschlag neben Vertretern der Gewerkschaften, der neuen Gesellschaften und der Länder auch die Namen von Persönlichkeiten enthalte, die bereits vor 1945 in den nunmehr zu entflechtenden Konzernen tätig gewesen seien. Kriedemann verlangte eine kollektive Diffamierung dieses gesamten Personenkreises. Er schloß seine Ausführungen mit der unmißverständlichen Trohng, er kenne die Stellen, an die er sich nunmehr zu wenden habe..."

Die Verlautbarung wurde fünf Stunden später ebenso amtlich, wie sie erschien, zurückgezogen, und zwar auf Veranlassung des Präsidenten Köhler. Wie zu erfahren war, griff Köhler ein, weil die Darstellung unrichtig sei. Man geht wohl nicht fehl, in der Annahme, daß es sich um den Satz mit der "kollektiven Diffamierung" handelt. Diese Angelegenheit hat aber noch eine andere Seite: Seit wann nimmt der Pressedienst des Verwaltungsrates zu Vollversammlungen des Wirtschaftsrats Stellung? Die Verlautbarung ist kein Bericht, sondern eine ausgesprochen politische Stellungnahme. Wer ist, so ist weiter zu fragen, der Verfasser dieser provokatorischen Erklärung? Der diensttuende Leiter der Pressestelle hat, wie berichtet wird, an der Plenarsitzung nicht teilgenommen und dazu erklärt, das Manuskript sei ihm mit der Maßgabe, es zu veröffentlichen, übergeben worden. Die darin enthaltenen Unwahrheiten haben die Urheber durch die Zurückziehung selber zugegeben.

Wenn aber die Äußerung Kriedemanns nicht der Grund für das Verlassen des Saales war, wird man behaupten wollen, man habe nur den kommunistischen Sprecher nicht anhören wollen? Auch das hätte kurze Beine, denn durch den von einem einzelnen CDU-Abgeordneten nach dem Exöus der anderen gestellten Antrag auf Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses ist klar erwiesen, daß man die Fortsetzung der Debatte unter allen Umständen unterbinden wollte.

Das aber kann nur als ein höchst unparlamentarisches, unfaires Verfahren bezeichnet werden. Nachdem man an Kriedemanns Bemerkung sehr konkrete Vermutungen geknüpft, ja ihn aufgefordert hatte, sich näher zu erklären, war der Abbruch der Debatte ein Streich, mit dem man alles andere bewiesen hat, nur nicht einen Sinn für gute parlamentarische Bräuche.

Was deshalb am Freitag von sozialdemokratischer Seite ungesagt bleiben mußte, hat Kriedemann am Sonntag vor der Presse ausgesprochen: Es handelt sich gar nicht um den bürgerlichen oder politischen Leumund der Personen, die früher in Konzernen tätig waren, sondern um deren Funktionen in der Wirtschaft. Sie müßten aber, selbst wenn sie Opfer des Faschismus wären, in dem Augenblick abgelehnt werden, da sie, wie im vorliegenden Fall, durch ihre unverhältnismäßig große Anzahl in einem Treuhändergremium eine Machtzusammenballung darstellten, die wegen ihrer gefährlichen politischen Konsequenzen von der SPD abzulehnen sei. Zu der Unterstellung, er hätte sich an die Militärregierung wenden wollen, sagte Kriedemann, sie sei beleidigend, erstens weil man so etwas nicht tue und zweitens, weil es auch falsch wäre, etwa zu glauben, durch Intervention bei der Militärregierung könne hier eine Kursänderung in sozialdemokratischem Sinne erreicht werden.

Diese Feststellungen, durch die einer gerade in diesem Stadium der westdeutschen Entwicklung kaum zu begreifender Kampagne der Boden entzogen worden ist, zeigen, daß es der Wirtschaftsrat nicht nötig gehabt hätte, sein ohnehin nicht sehr großes Prestige in der Öffentlichkeit leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Aber wenn man rot sieht, sieht man eigentlich gar nichts: weder Dinge, noch Tatsachen, noch die Wahrheit. Und die Fünderscher Vorschläge sind ein so düsteres Kapitel, daß die CDU und die FDP rot sehen mußten, ganz gleich, was irgend jemand dazu sagen würde. T.2.

 SPD dankt AFL

sp. Fritz Heine hat für den Vorstand der SPD der A.F. of L. New York ein Danktelegramm für den Kampf gesandt, den diese Gewerkschaft gegen die Methoden der Sklavenarbeit in den von den Sowjets kontrollierten Ländern führt:

Die Untersuchung der Bedingungen in den Arbeitslagern in Ostdeutschland, Polen und der Tschechoslowakei könnte, so heißt es in diesem Telegramm, vielen ordentlichen Arbeitern einschließlich ehemaliger Nazi-Verfolgter das Leben retten.

Ollenhauer traf Julius Deutsch

(sp) Am 19. Februar fand zwischen dem Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Partei Österreichs, Dr. Julius Deutsch, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, in Passau eine Besprechung statt. Sie galt dem Versuch, die persönlichen Beziehungen zwischen den Vertretern beider Parteien und die gegenseitige Unterrichtung über die Situation in beiden Ländern enger zu gestalten als das bisher, nicht durch die Schuld der Beteiligten, der Fall gewesen ist. Es wurden Verabredungen über die Art der besseren beiderseitigen Informationen getroffen. Daneben wurden internationale Fragen behandelt, die beide Länder in gleicher oder ähnlicher Weise berühren. Das Ergebnis, wie wir erfahren, durchaus positiv zu bewerten. (./212/1/he)

Die Gewerkschaften in Königswinter

(sp) Aus gut informierten Gewerkschaftskreisen teilt man uns mit:

Am 19. und 20. Februar fand in Königswinter eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern aller drei Westzonen statt. Die Konferenz wurde von dem Vorsitzenden des DGB der britischen Zone, Hans Böckler, geleitet. 62 Vertreter der britischen, 67 der amerikanischen und 25 der französischen Zone, sowie Vertreter des Bizonalen Gewerkschaftsrates nahmen daran teil. Besonders bemerkenswert ist die offensichtliche Änderung der Haltung der französischen Militärregierung, die ihren Widerstand gegen eine Vereinigung der Gewerkschaften der Westzonen aufgegeben zu haben scheint. Andererseits haben Teilnehmer der Konferenz es sehr bedauert, daß die Vertreter der Berliner UGO an der Konferenz weder als Delegierte, noch als Beobachter teilnahmen. Dies bedauerte umso mehr, als ja die UGO in der Zwischenzeit auch von den Militärs anerkannt worden ist.

Den einzigen Beratungsgegenstand der Konferenz bildeten Form und Inhalt des künftigen einheitlichen, trizonalen Gewerkschaftsbundes, sowie der Zeitpunkt, an dem er geschaffen werden soll. Verständlicherweise gab es zwischen einzelnen Vertretern der Gewerkschaftsbünde der amerikanischen und der französischen Zone auf der einen und der britischen Zone auf der anderen Seite gewisse Meinungsverschiedenheiten darüber, ob der Schwerpunkt der künftigen Gewerkschaftsarbeit in den Ländern oder in der kommenden Gewerkschaftszentrale liegen soll. Vertreter, die dem Bizonalen Gewerkschaftsrat, den Gewerkschaftsbünden der drei Zonen und den Industrieverbänden angehören, wurden mit der Vorbereitung des Gewerkschaftsbundes der Westzonen beauftragt. Man rechnete damit, dass bereits im August dieses Jahres die Vorbereitungen soweit gediehen sind, dass der konstituierende Kongress abgehalten werden kann. (m/1/212/1/he)

Tagung des Sozialpolitischen Ausschusses

sp. Im Rahmen der Vorbereitungsarbeit für die kommenden Wahlen fanden sich am Sonntag die Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses der SPD zu einer Arbeitstagung in Hannover zusammen. An der Besprechung nahmen neben ständigen Mitgliedern des Ausschusses leitende Funktionäre aus der Arbeitsverwaltung, sozialdemokratische Arbeitsminister und Gewerkschaftler teil.

Die Konferenz befaßte sich mit akuten Fragen auf dem Gebiete der Sozialversicherung, der Arbeitsverwaltung, der Lohn- und Preispolitik. Eine Anzahl von Vorschlägen zur Ausarbeitung eines Systems sozialer Sicherheit wurden besprochen und unabdingbare Forderungen erneut festgelegt. Dem Ausschuss liegt ein umfangreiches Material an Vorschlägen und Kommentaren zum Sozialprogramm vor, das noch durchzuarbeiten ist. Eine weitere Tagung des Ausschusses in nächster Zeit ist vorgesehen.

Dr. Glaser geht nach Kiel

sp. Wie wir erfahren, ist Dr. med. Kurt Glaser zum Regierungsdirektor und Leiter des Gesundheitswesens im Lande Schleswig-Holstein ernannt worden.

Dr. Kurt Glaser ist ein langjähriges Mitglied der SPD. Er hat in der Vorlitzzeit in Sachsen in allen Fragen des Gesundheitswesens und der Sozialarbeit eine führende Rolle gespielt. Er gehörte dem Bezirksvorstande des Bezirks Chemnitz - Erzgebirge an, war viele Jahre Leiter des Bildungswesens der Partei und Mitglied des Chemnitzer Stadtverordneter-Kollegiums.

Sofort nach der Machtübernahme der Nazis verhaftet, war er sechs Monate im Gefängnis in Chemnitz, ging später nach Frankreich, von wo aus es ihm nach dem Zusammenbruch gelang, nach den Vereinigten Staaten zu entkommen.

Auf Einladung des Parteivorstandes ist er vor kurzem aus New York hier eingetroffen, um seine reichen wissenschaftlichen und politischen Erfahrungen für den Wiederaufbau der Partei und einer neuen Deutschen Demokratie zur Verfügung zu stellen.

Ohne Kartoffelrückgabe keine Todesurkunde

sp. Im September des letzten Jahres wurden, wie in allen Städten der Ostzone, je 400 Gramm Kartoffeln pro Kopf und Tag für den Durchschnittsverbraucher ausgegeben, und zwar für die Zeit vom 1. September 1948 bis 30. Juni 1949. Die Stadtverwaltung Schönebeck (Elbe) hatte bei Sterbefällen stets mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, um für verstorbene Stadtbewohner die in der Zuteilungsperiode verausgabten Kartoffeln zurück zu erhalten. Nunmehr ist verfügt worden, daß die Sterbeurkunde erst nach Rückgabe der Restkartoffeln ausgehändigt wird. #.St.